

Dokument: Urteil des Obersten Gerichts vom 25. April 2004 (Auszug)

Urteilsspruch

„Den willkürlichen Charakter einer generellen Verweigerung[, einen Presseausweis auszustellen,] haben uns die Antragsteller¹ gründlich dargelegt. Wie wir bereits erläutert haben, ist Saif gegenwärtig berechtigt Israel zu betreten und hier zu arbeiten. Der Kläger besaß über Jahre hinweg einen Presseausweis und begleitete eine wichtige Stelle in einer internationalen Agentur. In all den Jahren hat es niemals irgendeinen Hinweis auf ein mögliches Sicherheitsrisiko durch ihn gegeben. Auch die Antragsteller des Al-Jazeera-Senders wurden als sicher genug eingestuft, um ein Fernsehinterview mit dem Präsidenten des Staates Israel zu führen. Ich schlage deswegen vor, dass wir den Forderungen aus den zwei vorliegenden Anträgen uneingeschränkt stattgeben. Basierend auf individuellen Überprüfungen soll der Presseausweis von Saif erneuert und Presseausweise an das Al-Jazeera-Personal ausgestellt werden, sofern dieses eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Israel erhält.“

Rechtsgüterabwägung

„Wie wir gesehen haben, basiert die Weigerung der Behörden, Presseausweise an Palästinenser aus dem Westjordanland zu vergeben, auf Sicherheitsabwägungen. Und tatsächlich ist Sicherheit ein fundamentaler Wert unserer Gesellschaft. Ohne Sicherheit ist es nicht möglich, Menschenrechte und andere Grundrechte zu schützen. [...] Aber es verlangt einer Balance zwischen der Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Sicherstellung der Grundrechte. [...] In dieser Balance können Menschenrechte nicht derart geschützt werden, als gäbe es keinen Terrorismus. Die Staatssicherheit kann wiederum aber auch nicht derart geschützt werden, als gäbe es keine Menschenrechte. Es bedarf deswegen einer differenzierten und ausgeglichenen Balance. Das ist der Preis der Demokratie.“

Sicherheitsrisiko/Verhältnismäßigkeit

„In der Tat kann man immer Sicherheitsbedenken anführen, wenn ein palästinensischer Journalist aus dem Westjordanland einen Presseausweis erhält. Dieses Risiko besteht selbst dann noch, wenn jener Journalist eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung besitzt und sich zur Erlangung des Presseausweises

besonderen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen hat. Trotz allem bleibt dieses besondere Risiko geringfügig und theoretisch. Es rechtfertigt keine maßgebliche Verletzung des Grundrechts der Pressefreiheit und keine Andersbehandlung palästinensischer Journalisten gegenüber anderen ausländischen Journalisten. Dies wäre eine klare Diskriminierung.“

Maßnahmen gegen Diskriminierung

„[Die oben aufgezeigte Diskriminierung] könnte durch zusätzliche individuelle Sicherheitsüberprüfungen von Bewohnern des Westjordanlandes vermieden werden, die ein Risiko darstellen könnten, sich aber bereits erfolgreich den Sicherheitsüberprüfungen unterzogen haben, die zur Erlangung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen für Israel nötig sind.“

Geltungsbereich des Rechts Israels / Gleichheit vor dem Gesetz

„Die Regeln des Verwaltungsrechts gelten für die staatlichen Behörden in all ihren Maßnahmen - sowohl gegenüber Israelis, als auch gegenüber Ausländern. [...] In der Tat, es mag einige Fälle geben, in denen die Behörden den Status einer Person, sei sie Ausländer, Staatsangehöriger oder Bewohner des Staates Israel, besonders berücksichtigen. So etwa beim Grundrecht der Berufsfreiheit. Dieses garantiert ausschließlich den Bürgern und Einwohnern des Staates Israels eine freie Berufsausübung. Nichtsdestotrotz trifft diese Feststellung längst nicht auf alle Fälle zu. So gelten die meisten Gesetze, die sich aus den Grundgesetzen herleiten, beispielsweise das Grundrecht auf Würde und Freiheit, für alle. [...] Auch in unserem Fall muss sich das Presseamt, wie andere staatliche Stellen, an die Gesetze des Verwaltungsrechts halten. Dies gilt auch gegenüber den Antragstellern, trotz des Fakts, dass diese keine Bürger oder Einwohner des Staates Israel sind.“

Presseausweis dient dem demokratischen Prozess/der Allgemeinheit

„Es kann mit Bestimmtheit festgehalten werden, dass die Vergabe eines solchen Presseausweises an eine im Journalismus tätige Person Teil des geschützten gesellschaftlichen Interesses nach freier Presse und öffentlicher Kommentierung ist. Dieses Interesse ist dabei nicht bloß eines von Journalisten, Fernseh- und

¹ Neben der Agentur Reuters hat auch das arabische Medienhaus Al-Jazeera aus Qatar gegen die Maßnahme des GPO geklagt. Al-Jazeera beschäftigt ebenfalls palästinensische Journalisten.

Radiosendern, Zeitungen oder Nachrichtenagenturen. Es ist ein allgemeines öffentliches Interesse. Es dient [...] der Offenlegung von Wahrheit, dem demokratischen Prozess und der sozialen Stabilität.“

*https://supremedecisions.court.gov.il/Home/Download?path=EnglishVerdicts%5C02%5C270%5C056%5CL17&file-Name=02056270_117.txt&type=2 [Zugriff 16.04.2019],
Übersetzung: MFFB.*